



4. Interpellation Andrea Kennel (SP/Grüne) und 4 Mitunterzeichnende "Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" / Beantwortung GR Geschäft 231/2014

Stellungnahme

Andrea Kennel (SP/Grüne)

„Bild des NZZ-Artikels vom Sa. 30.8.14: Ist das die "Sozialpolitische Strategie" in Dübendorf"? Wer ist für die "Sozialpolitische Strategie für Dübendorf" zuständig? Oder anders gefragt: wer ist für solche Schlagzeilen zuständig, die nicht gerade ein gutes Licht auf Dübendorf werfen? In diesem Artikel sowie der Interpellation geht es um die „Sozialpolitische Strategie von Dübendorf“.

Die Begründung der Interpellation im März 2014 habe ich folgendermassen begonnen:

Organisatorisch wird unterschieden zwischen der strategischen und operativen Ebene. Bezüglich Sozialpolitik ist der Stadtrat die strategische Ebene und die Sozialbehörde die operative. Eine gute Sozialpolitik lebt aber davon, dass diese beiden Ebenen auch gut zusammenarbeiten. An der Gemeinderatssitzung vom 4. November zeigte sich leider ein anderes Bild als Stadtrat Spillmann als Sozialvorstand der Meinung des Gesamt-Stadtrates widersprach.

Dieser Widerspruch war auch mit ein Grund für diese Interpellation. Nun liegt die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation vor. Diese ist für mich nicht nur überraschend, sondern alarmierend. Gemäss Art 51 der Gemeindeordnung ist die Sozialbehörde für die Einhaltung und Ausübung der Gesetze zuständig, also für die operative Ebene. Für die Strategie ist klar der Stadtrat zuständig, dem wurde nie widersprochen und wird auch in allen anderen Städten so gehandhabt. Bei Frage 1 antwortet der Stadtrat, dass er auch künftig nicht geplant sei, seine Sicht einzubringen. Das bedeutet im Klartext, dass der Stadtrat sich hier weigert, seine Pflichten und Aufgaben wahr zu nehmen. Das ist alarmierend. Die Sozialpolitik von Dübendorf hat Auswirkungen auf unser Zusammenleben und zum Teil auch auf unsere Finanzen. Es kann doch nicht sein, dass der Stadtrat hier eine Vogel-Stauss-Politik betreibt, den Kopf in den Sand steckt und behauptet, das gehe ihn nichts an. Bei Frage 4 hatten wir nach den zentralen sozialen Herausforderungen gefragt. Hier sind in der Antwort nur finanzielle Aspekte erwähnt. Die Sozialpolitik sollte sich aber nicht auf das Verteilen von Geld beschränken. Eine gute Strategie beinhaltet bewusst viele verschiedene Aspekte und wenn dann Geld ein Aspekt ist, dann auch, welche Hilfe und Unterstützung sinnvoll und nötig ist, um mit weniger Geld möglichst viel zu erreichen. Die aktuelle Abschiebepolitik, die ja offensichtlich und leider auch in Dübendorf betrieben wird, hat für mich nichts mit Sozialpolitik oder Ethik zu tun. Jeder Mensch hat ein Recht auf Achtung, das steht auch in den Menschenrechten. Was die NZZ am Samstag berichtet, hat nichts mehr mit Menschenrechten zu tun und kann als menschenverachtend eingestuft werden. Das muss sich ändern. Auch die Antwort auf Frage 6 zeigt das Desinteresse des Stadtrates. „Der Stadtrat pflegt den Informationsaustausch mit der Sozialbehörde nach Bedarf. Die Philosophie wird nicht abgestimmt.“ Das muss sich wohl sehr rasch ändern. Kommen wir nochmals auf den März und damit auf die Begründung der Interpellation zurück. Damals hatte ich erwähnt:

Wir sind uns bewusst, dass 7 Fragen relativ viele Fragen sind. Die Antworten sollten dann aber ein klares Bild der Sozialpolitischen Strategie der Stadt Dübendorf zeigen. Wir bitten den Stadtrat die Fragen ausführlich zu beantworten und uns damit einen klaren, verständlichen Einblick in seine Strategie zu geben. Dafür habe ich mich bereits bedankt, auch im Namen der Unterzeichnenden und anderen Interessierten.

Nach der Beantwortung muss und will ich mich aber doch beim Stadtrat für die aufschlussreichen Antworten bedanken. Wir haben nun tatsächlich ein klares Bild der Sozialpolitischen Strategie. Oder anders gesagt, wir wissen nun, dass es keine solche Strategie gibt und leider auch das Interesse eine solche zu erstellen offensichtlich fehlt. Schade, denn eine solche Strategie wäre für Dübendorf zentral, auch für das Image unserer Stadt, das durch die aktuelle Sozialpolitik, wie wir es in der Zeitung lesen mussten, leider einen grossen Schaden nimmt.“



Sozialvorstand Kurt Spillmann (SVP)

„Ich muss folgende zwei Richtigstellungen bekannt geben:

1. Die Liegenschaft, welche im Zeitungsartikel der NZZ abgebildet ist, befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Dübendorf.
2. „Dübendorf betreibe Abschiebepolitik“ weise ich entschieden zurück, Frau Kennel.“

Allgemeine Diskussion

Stefanie Huber (glp/GEU)

„Die Benennung von Herausforderungen ist als Analyse der Ist-Situation ein erster Schritt, aber noch lange keine Strategie. Die Fragen sind nur Bausteine einer sozialpolitischen Strategie, aber die Begründung anlässlich der März-Sitzung und der Titel hätten dem Stadtrat durchaus den Blick über die 7 Fragen hinaus erlauben dürfen. Selbst die Beantwortung der eigentlichen Fragen wirkt – Sie verzeihen den Ausdruck – reichlich lustlos. Der Ruf Dübendorfs bezüglich lausiger sozialer Unterstützung wird so wieder einmal zementiert. Die Finanzen scheinen das einzige, was zählt. Wir sind uns bewusst, dass auch in der Dübendorfer Verwaltung engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich tagtäglich um das Wohl und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Dübendorf einsetzen. Die Antwort atmet aber einen Beamtenmuff sondergleichen. Da führt jeder seine Arbeiten gemäss Gesetz und Gemeindeordnung aus, z.B. „die Philosophie wird nicht abgestimmt, da die Kompetenz für die Sozialhilfe bei der Sozialbehörde liegt“. Ganz nach dem Motto „leben und leben lassen“, jeder soll für sich werkeln, dann muss man sich auch nicht gegenseitig auf Fehler und Unterlassungen hinweisen. So kann man wunderbar aneinander und an der Realität vorbei arbeiten – leiden müssen die betroffene Bevölkerung und der gesellschaftliche Zusammenhalt der Zukunft. Das Thema Sozialpolitik ist nicht erst seit den Debatten zur Sozialhilfe der letzten Tage in den Medien brandaktuell und speziell in Dübendorf schon vor den Berichten des Wochenendes im Fokus. Dübendorf als grosse Agglomerationsgemeinde ist ganz sicher nicht eine Stadt, die sich in den nächsten Jahren bei Gesellschaftsanliegen zurücklehnen kann. Da dürfte man doch etwas mehr Engagement erwarten als eine Lavierei, was denn nun mit der sozialen Herausforderung gemeint sei, wie sie der Stadtrat unter Frage 4 liefert. Es geht um mehr, als die Sozialhilfebeiträge nach den Richtlinien von Kanton und Bund auszurichten – das wurde in der Begründung zur Interpellation klargemacht. Haben Sie bei den zuständigen Personen bei der Integration, der Jugendarbeit oder in den Schulen nachgefragt, welche sozialen Themen aufgegriffen werden müssten? Vor dem nächsten Schritt bezüglich weiterer politischer Vorstösse werden wir die Legislaturziele studieren, die ja in den nächsten Tagen veröffentlicht werden sollen. Wir werden den Stadtrat dann bei seinen eigenen Zielen packen und auf die eine oder andere Weise auf die Frage nach der sozialpolitischen Strategie zurückkommen resp. die Massnahmen erfragen und allenfalls anstossen. Unsere Voten heute verhelfen noch niemandem zurück in die Selbständigkeit oder zu einem Freundeskreis, dessen bin ich mir bewusst. Aber als Stadt mit der Definition von „sozial Herausforderung“ zuzuwarten, bis einen diese Probleme dann überrollen, das können wir uns weiss Gott nicht leisten.“

Patrick Walder (SVP)

„Die Antwort des Stadtrats auf die Interpellation stimmt uns positiv. Der Stadtrat bekräftigt, dass die Sozialbehörde als Behörde mit selbstständiger Verwaltungsbefugnis funktioniert und auch selbstständig bleiben soll. Gemäss Antwort des Stadtrats gibt es keine Bemühungen, dass der Stadtrat als Behörde der Sozialbehörde in ihre Arbeit rein funkt oder die Entscheidungsbefugnisse der Sozialbehörde ändern möchte. Weiter freut es die SVP, dass der Stadtrat keinen Wiedereintritt in die SKOS erwägt. Die SVP-Fraktion sieht hinter dem Austritt aus der SKOS eine wichtige Zeichen gegen ein ausuferndes Sozialhilfesystem und ein wichtiger Schritt in Richtung kommunaler Unabhängigkeit. Im Namen der SVP bedanke ich mich bei allen Mitgliedern des Gemeinderats. Mit der einstimmigen Wahl der bisherigen Mitglieder der Sozialbehörde wurde sowohl der Austritt aus der SKOS parlamen-



tarisch legitimiert sowie den bisherigen Entscheidungsträgern in der Sozialbehörde auch für die zukünftige Legislatur das Vertrauen ausgesprochen. Wäre der Gemeinderat mit dem Austritt aus der SKOS oder der Arbeit der Sozialbehörde nicht einverstanden, so hätte man am 07.07.2014 bei der Wahl dieser Behörde mit Sicherheit Wortmeldungen gehört oder Gegenstimmen notiert. Dies war, wie wir alles wissen, nicht der Fall. Wir hoffen, dass mit dieser Interpellation das Thema SKOS nun endgültig vom Tisch ist.“

Die Interpellation ist damit abschliessend behandelt und abgeschrieben.

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin